

AfD-Parteitag nicht mit uns. Solidarisierung mit dem Bündnis „Zusammenstehen“ und offener Demoaufruf

Gremium: Vorstand KV Erfurt  
Beschlussdatum: 24.05.2026  
Tagesordnungspunkt: 8. Sonstige Anträge  
Status: Eingereicht (ungeprüft)

## Antragstext

1 Am 04.07.2026 möchte die rechtsextreme AfD ihren Bundesparteitag in Erfurt  
2 stattfinden lassen. Eine Partei, die mit unseren Grundprinzipien von Demokratie,  
3 Menschenrechten, sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz nicht übereinstimmt und  
4 aktiv die Glaubwürdigkeit des Staates in Frage stellt. Ihre Politik fördert  
5 soziale Spaltung, rechtsextreme Ideologien, Diskriminierung von Minderheiten und  
6 die Radikalisierung des politischen Diskurses.

7 Es ist kein Zufall, dass der Faschist Höcke genau auf den 100. Jahrestag der  
8 Gründung der Hitlerjugend auf dem 2. NSDAP-Parteitag 1926 in Weimar erneut nach  
9 Thüringen einlädt. In seinen Landesverband, der seit März 2021 als erwiesen  
10 rechtsextrem gilt und dessen Parteiflügel im März 2020 durch das Bundesamt für  
11 Verfassungsschutz mit der Begründung, dass dieser „gesichert  
12 rechtsextremistische Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische  
13 Grundordnung“ verfolgt, aufgelöst wurde. Höcke, der als studierter  
14 Geschichtslehrer gerne einmal die Geschichte zu Gunsten des Nazi-Regimes des  
15 Dritten Reichs verdreht. Höcke, der wegen mehrerer Nazi-Parolen schon öfter  
16 verurteilt wurde. Höcke, der unter dem Pseudonym „Landolf Ladig“ in NPD-  
17 Zeitschriften die Ideen des NS-Regimes verherrlichte. Höcke, der gerne mit  
18 anderen rechtsextremen Gruppen wie dem Pegida-Bündnis, dem Compact-Magazin, der  
19 Jungen Freiheit oder der Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck chillt. Und der  
20 Björn Uwe Höcke, der seit 2020 vom Bundesamt für Verfassungsschutz als  
21 Rechtsextremist eingestuft ist.

22 Es ist ein offenes Geheimnis, dass Höcke den extremen Rechtsruck der letzten  
23 Jahre maßgeblich vorangetrieben hat und die Strukturen der Partei mitgestaltet.  
24 So hat er bereits auf dem Bundesparteitag 2022 in Riesa die Satzung so  
25 angepasst, dass auch nur eine Person die Führungsspitze bilden kann. Doch bis  
26 jetzt hat er sich noch nie für die Wahl zur Parteispitze aufgestellt. Nach 2  
27 Amtsperioden von Weidel und Chrupalla muss die Bundesspitze der AfD 2026 in  
28 Erfurt neu gewählt werden. Wenn Höcke diesen Sommer in „seiner“ AfD-Hochburg  
29 Thüringen einlädt, dann ist vieles möglich – Höcke möchte ein Heimspiel.

30 Aus diesen Gründen hat sich, wie bereits in den letzten Jahren in Riesa, Gießen,  
31 Essen und Magdeburg ein breites Bündnis von Bürger\*innen und Organisationen  
32 gebildet. Sie setzten ein klares Zeichen gegen die menschenverachtende Politik  
33 der AfD und für Weltoffenheit und Toleranz. Auch in Erfurt hat sich ein solches  
34 Bündnis aus den verschiedensten Organisationen gebildet. Unter dem Motto  
35 „Zusammenstehen – vielfältig, solidarisch, weltoffen“ sind Aktionswochen für  
36 politische Bildung und Events geplant. In der gesamten Erfurter Altstadt wird  
37 ein buntes Stadtfest stattfinden und auf dem Parkplatz vor der Messehalle, in  
38 der der Parteitag stattfinden wird, wird eine Großdemo stattfinden.

39 Doch all das geht nun mal nicht ohne die Hilfe von Hunderten von Freiwilligen.  
40 Neben den Organisator\*innen braucht es Ordner\*innen, Awarenesspersonen,  
41 Techniker\*innen und unzählig viele mehr. Diese Arbeit ist unverzichtbar für  
42 unsere Demokratie. Als GRÜNE JUGEND Thüringen stehen wir solidarisch an der  
43 Seite der Menschen, die am 04.07.2026 gegen die AfD protestieren, sich ihnen  
44 widersetzen und für eine offene Gesellschaft in Thüringen und ganz Deutschland  
45 einstehen.

46 Wir werden die GRÜNE JUGEND Erfurt bei ihren Vorhaben im Rahmen des Stadtfests  
47 unterstützen, an den Protesten teilnehmen und dazu aufrufen. Zusätzlich werden  
48 wir einen eigenen Infostand auf dem Anger haben. Wir werden in der Zeit bis zum  
49 AfD-Parteitag am 04.07. Menschen nach Erfurt mobilisieren und für die Proteste  
50 sensibilisieren.

51 Wir fordern:

52 Die AfD ist in ihren Grundzügen eine rechtsextreme Partei. Ihr politisches  
53 Handeln, ihre Ziele und Ideologie sind nicht mit den politischen Überzeugungen  
54 und Zielen der GRÜNEN JUGEND vereinbar. Die Ausrichtung des Bundesparteitags vom  
55 03.07. bis 05.07.2026 in Erfurt sehen wir deshalb als nicht als akzeptabel an.

56 Wir stellen uns solidarisch an die Seite des Bündnis „Zusammenstehen –  
57 vielfältig, solidarisch, weltoffen“ und unterstützen es in ihrem Protest.

- Mit KI generiert -

Am 04.07.2026 möchte die AfD ihren Bundesparteitag in Erfurt machen. Viele Menschen sehen die AfD kritisch. Sie sagen: Die Partei passt nicht zu den Werten von Demokratie, Menschenrechten, sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz. Kritiker\*innen werfen der AfD vor, Menschen gegeneinander auszuspielen und rechtsextreme Ideen zu fördern.

Besonders umstritten ist der Thüringer AfD-Politiker Björn Höcke. Sein Landesverband in Thüringen gilt seit 2021 offiziell als rechtsextrem. Höcke wurde schon mehrmals wegen der Nutzung von Nazi-Parolen verurteilt. Außerdem gibt es Vorwürfe, dass er Kontakte zu anderen rechtsextremen Gruppen und Personen hat. Das Bundesamt für Verfassungsschutz stuft ihn seit 2020 als Rechtsextremisten ein.

Viele Menschen glauben, dass Höcke den starken Rechtsruck der AfD in den letzten Jahren mit vorangetrieben hat. Beim Parteitag 2022 wurde die Satzung der AfD geändert, sodass künftig auch nur eine Person die Partei führen kann. Da die Parteispitze 2026 neu gewählt wird, könnte Höcke in Erfurt eine wichtige Rolle spielen.

Deshalb haben sich – wie schon bei anderen AfD-Parteitagen – viele Bürger\*innen und Organisationen zusammengeschlossen. Sie wollen gegen die Politik der AfD protestieren und ein Zeichen für Vielfalt, Offenheit und Toleranz setzen. Auch in Erfurt gibt es ein Bündnis mit dem Motto: „Zusammenstehen – vielfältig, solidarisch, weltoffen“.

Geplant sind Aktionswochen, Veranstaltungen zur politischen Bildung, ein großes Stadtfest in der Altstadt und eine Demonstration vor der Messehalle, in der der Parteitag stattfinden soll.

Für diese Aktionen werden viele freiwillige Helferinnen gebraucht, zum Beispiel Ordnerinnen, Technikerinnen oder Awareness-Teams. Die Organisatorinnen sagen: Diese Arbeit ist wichtig für die Demokratie.

Wir als Grüne Jugend Thüringen unterstützt die Proteste gegen die AfD. Sie möchte beim Stadtfest helfen, an den Demonstrationen teilnehmen und Menschen dazu aufrufen, nach Erfurt zu kommen und sich an den Protesten zu beteiligen. Außerdem plant sie einen eigenen Infostand in der Stadt.

## A1 Protokoll 2. ordentliche LMV 2025

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 10.12.2025  
Tagesordnungspunkt: 2. Protokoll

### Antragstext

- 1 Die Landesmitgliederversammlung beschließt das als PDF-Datei angehangene
- 2 Protokoll der 2. ordentlichen Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND
- 3 Thüringen 2025.

# Protokoll

## Der zweiten ordentlichen Landesmitgliederversammlung 2025 am 14.-16. November 2025, ab 18:30 Uhr

**Stimmberechtigte Teilnehmer\*innen:** Clara Käbner, Elisabeth Dreher, Hannes Pfeifer, Ian von Collrepp, Jakob Gatz, Katja Koch, Konrad Geyer, Lara Sagehorn, Lennart Uecker, Lina Kornmüller, Luisa Zinke, Miriam Averbeck, Nikolaus Fritzsche, Noah Ziermann, Pascal Zillmann, Philipp Kuch, Pia Waffen, Sara Marie Schläger, Seraphin Dittman-Balcar, Thomas Schaefer, Till Herzig

**Gäste:** Mika Lolic, Laetitia Wendt, Tammo Westphal, Ronja Zierold, William Grawe

**Präsidium:** Miriam Averbeck, Lara Sagehorn, Seraphin Dittman-Balcar, Lennart Uecker

**Protokoll:** Till Herzig, Pascal Zillmann

### Tagesordnung:

1. Begrüßung und Formalia
2. Protokoll
3. Leitantrag
4. Satzungs- und Finanzordnungsanträge
5. Finanzen
6. Wahlen
7. Voten
8. Sonstige Anträge

### Zu TOP 1 Formalia

Eröffnung der Mitgliederversammlung um 18:39 Uhr

Begrüßung durch Sara und Thomas für den Landesvorstand

#### Feststellung der Beschlussfähigkeit

Thomas stellt die ordnungsgemäße Einladung fest.

Die Feststellung der Beschlussfähigkeit wird einstimmig **bestätigt**.

#### Präsidium und Protokoll

Der Landesvorstand schlägt der Versammlung folgendes Präsidium sowie die folgenden Protokollschreiber\*innen vor:

Präsidium: Miriam Averbeck, Lara Sagehorn, Seraphin Dittman-Balcar, Lennart Uecker

Protokoll: Pascal Zillmann, Till Herzig

Abstimmung per Handzeichen, einstimmig **angenommen**

Das Präsidium (Miriam und Seraphin) übernimmt die Sitzungsleitung; Protokoll Pascal

### **Tagesordnung**

**A1** Tagesordnung

Antragsteller\*innen: Landesvorstand

Einbringung: Thomas

Gegenrede: keine

Abstimmung **A1** per Handzeichen, einstimmig **angenommen**

### **Geschäftsordnung**

**A3** Geschäftsordnung

Antragsteller\*innen: Landesvorstand

Einbringung: Thomas

**Ä1** vom Landesvorstand

Einbringung: Thomas

Gegenrede: keine

Abstimmung per Handzeichen: einstimmig **angenommen**

Gegenrede: keine

Abstimmung **A3** per Handzeichen, einstimmig **angenommen**

### **Dringlichkeitsanträge**

**F6** finanzielle Entlastung des Landesvorstands

Antragsteller\*innen: Rechnungsprüfung

Einbringung: Lara Sagehorn

Gegenrede: keine

Abstimmung über die **Dringlichkeit von F6** per Handzeichen, mehrheitlich **angenommen**

## **Zu TOP 2 Protokoll**

**A3** Protokoll der 1. außerordentlichen Landesmitgliederversammlung 2025

Antragsteller\*innen: Landesvorstand

Einbringung: Sara

Gegenrede: keine

Abstimmung **A3** per Handzeichen, mehrheitlich **angenommen**.

**Unterbrechung der Sitzung** bis Samstag 9:30 Uhr

Fortsetzung der Sitzung am Samstag 9:30 Uhr Präsidium: Miriam und Seraphin, Protokoll Till

## Zu TOP 3 Leitantrag

**Verfahrensvorschlag des Präsidiums:** Vertagung des TOPs nach TOP 6

Bei zwei Enthaltungen **angenommen**.

(s.u.)

## Zu TOP 4 Satzungs- und Finanzordnungsanträge

**Verfahrensvorschlag des Präsidiums:**

Wir behandeln die 2/3 Mehrheit als Quorum aller gültigen, abgegebenen Stimmen. Das heißt nur wenn ein Antrag eine 2/3 Mehrheit an JA-Stimmen gegenüber Nein-Stimmen und Enthaltungen bekommt ist der Antrag angenommen.

Abstimmung per Handzeichen: Einstimmig **angenommen**

**S1** Streichung der Mitte-Ost-AG (MOAG)

Antragsteller\*innen: Landesvorstand

Einbringung: Luisa

Gegenrede: keine

Abstimmung **S1** per Handzeichen, mit einer Enthaltung und keiner Nein-Stimme **angenommen**

## Zu TOP 5 Finanzen

Sitzung unterbrochen 9:40 Uhr wiederaufgenommen 9:45 Uhr

**F1** Rechenschafts-Bericht des Schatzmeisters für das Haushalt-Jahr 2024

Antragsteller: Pascal Zillmann

Einbringung: Pascal

Gegenrede: keine

Präsidium ruft zur Abstimmung über den Bericht auf.

**GO-Antrag** von Thomas: noch keine Abstimmung über die Entlastung vor dem Bericht der Rechenprüfung. Abstimmung erst nach Bericht.

Ohne Gegenrede **angenommen**.

Vorstellung des Berichts der Rechnungsprüfung

**F6** Antrag auf finanzielle Entlastung des Landesvorstands

Antragsteller\*innen: Rechnungsprüfung

Einbringung: Lara

Gegenrede: keine

Abstimmung **F6** per Handzeichen bei einer Enthaltung **angenommen**.

## **F2 Haushalt 2026**

Antragsteller\*innen: Landesvorstand

Einbringung: Pascal

Die Einbringung erfolgt als gemeinsame Einbringung des Haushalts, Vorstellung der Mittelfristigen Finanzplanung 2026-2029 und des Vorschlags einer Festgeld-Anlage beim Bundes-Verband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Möglichkeit für Fragen

Gegenrede: keine

Abstimmung **F2** per Handzeichen Einstimmig **angenommen**

Die Mittelfristige Finanz-Planung wird von der Versammlung zur Kenntnis genommen

## **F4 Festgeld-Anlage beim Bundes-Verband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Gegenrede: keine

Abstimmung **F4** per Handzeichen bei zwei Enthaltungen **angenommen**

**GO-Antrag** durch Sara: auf Unterbrechung unbestimmter Länge. ohne Gegenrede angenommen.

Unterbrechung ab 10:13 Uhr.

Wiederbeginn um 15:15 Uhr mit gleichem Präsidium

## **Zu TOP 6 Wahlen**

### **Politischer Rechenschaftsbericht.**

Rechenschafts-Bericht des politischen Geschäftsführers das Amtsjahr 2024/25

Vorstellung: Thomas in Vertretung des Landesvorstandes

Es gibt die Möglichkeit zum offenen Diskurs über die Amtszeit. Keine Redebeiträge.

Antrag auf **politische Entlastung** des Landesvorstands

Antragsteller\*innen: Präsidium

Einbringung: Präsidium

Gegenrede: keine

Abstimmung **politische Entlastung** per Handzeichen bei drei Enthaltung **angenommen.**

Verfahrensvorschlag: erst alle sonstigen Wahlen und Delegierungen durchführen dann den Vorstand wählen. kein Widerspruch.

### **Wahlkommission**

Kandidat\*innen: Noah, Clara, Nikolaus, Hannes, Ian, Katja

Die Kandidierenden haben die Möglichkeit sich vorzustellen.

Abstimmung per Handzeichen, Einstimmig **bestätigt**.

## 6.2. Landes-Awareness-Personen

### 6.2.1. Landes-Awareness-Person (offener Platz)

Kandidat\*innen: keine Kandidaturen

Wahl wurde nicht vorgenommen.

### 6.2.2. Landes-Awareness-Person (FLINTA\*-Platz)

Kandidat\*innen: keine Kandidaturen

Wahl wurde nicht vorgenommen.

## 6.3. Länderrat der GRÜNEN JUGEND

### 6.3.1. Delegierte\*r für den Länderrat der GJ (1x offener Platz)

Protokoll durch Pascal.

Kandidat\*innen: Till Herzig

Der Kandidat erhält die Möglichkeit sich vorzustellen.

Dem Plenum wird Gelegenheit für Fragen gegeben.

1. Wahlgang, Wahlgang-Nr. 1

15 abgegebene Stimmen, 0 ungültige Stimmen

	Kandidat*in	Ja	Nein	Enthaltung
A	Till Herzig	15	0	0

**Till ist gewählt** und nimmt die Wahl an.

Grußwort durch Mika von Landesverband Bayern in der Auszählpause.

Protokoll durch Till

### 6.3.2. Ersatzdelegierte\*r für den Länderrat der GJ (2x offener Platz)

Kandidat\*innen: Lara Sagehorn

Die Kandidatin erhält die Möglichkeit sich vorzustellen

Dem Plenum wird Gelegenheit für Fragen gegeben.

1. Wahlgang, Wahlgang-Nr. 2

16 abgegebene Stimmen, 1 ungültige Stimmen

	Kandidat*in	Ja	Nein	Enthaltung
A	Lara Sagehorn	15	0	0

**Lara Sagehorn ist gewählt** und nimmt die Wahl an.

## 6.5. Delegierte\*r für die Landesdelegiertenkonferenz

**GO Antrag** von Sara: LDK-Delis nicht wählen, um Zeit zu sparen, weil es keine LDK bis zur nächsten LMV geben wird.

Diskussion eröffnet durch Präsidium, keine Beiträge. Präsidium lässt abstimmen.

Abstimmung durch Handzeichen, Antrag einstimmig **angenommen**

Die Wahl entfällt.

## **6.7. Landesparteirat von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN Thüringen**

### **6.7.1. LaPaRa-Deli (1x offener Platz)**

Kandidat\*innen: Philipp Kuch

Der Kandidat erhält die Möglichkeit sich vorzustellen.

Dem Plenum wird Gelegenheit für Fragen gegeben.

1. Wahlgang, Wahlgang-Nr. 3

16 abgegebene Stimmen, 0 ungültige Stimmen

	Kandidat*in	Ja	Nein	Enthaltung
A	Phillip Kuch	15	0	1

**Philipp Kuch ist gewählt** und nimmt die Wahl an.

## **6.8. Delegierte\*r für den Landesjugendring Thüringen**

### **6.8.1. LJRT Deli (1x FLINTA-Platz)**

Kandidat\*innen: Luisa Zinke

Die Kandidatin erhält die Möglichkeit sich vorzustellen

Dem Plenum wird Gelegenheit für Fragen gegeben.

1. Wahlgang, Wahlgang-Nr. 4

17 abgegebene Stimmen, 0 ungültige Stimmen

	Kandidat*in	Ja	Nein	Enthaltung
A	Luisa Zinke	14	1	2

**Luisa ist gewählt** und nimmt die Wahl an.

## **Zu TOP 7 Voten**

Es liegen keine Bewerbungen vor.

Unterbrechung ab 16:51 Uhr. durch das Präsidium.

Wiederbeginn um 17:22 Uhr

Präsidiumswechsel zu Lennart und Lara

## **6.1. Landesvorstand**

### **6.1.1. Sprecher\*in (FLINTA\*-Platz)**

Kandidat\*innen: Luisa Zinke

Die Kandidatin erhält die Möglichkeit sich vorzustellen

**GO-Antrag** von Thomas: Redezeit für Bewerbung auf 5 min erhöhen und Luisa extra 2 Min zur Beendigung der Rede geben.  
Ohne Widerrede angenommen.

Dem Plenum wird Gelegenheit für Fragen gegeben.

1. Wahlgang, Wahlgang-Nr. 5

19 abgegebene Stimmen, 0 ungültige Stimmen

	Kandidat*in	Ja	Nein	Enthaltung
A	Luisa Zinke	16	0	3

**Luisa Zinke ist gewählt** und nimmt die Wahl an.

Grußwort von Letitia aus dem BuVo in der Auszählpause.

### 6.1.2. Sprecher\*in (offener Platz)

Kandidat\*innen: Sara Marie Schläger

Die Kandidatin erhält die Möglichkeit sich vorzustellen

Dem Plenum wird Gelegenheit für Fragen gegeben.

1. Wahlgang, Wahlgang-Nr. 6

18 abgegebene Stimmen, 0 ungültige Stimmen

	Kandidat*in	Ja	Nein	Enthaltung
A	Sara Marie Schläger	14	0	4

**Sara Marie Schläger ist gewählt** und nimmt die Wahl an.

### 6.1.3. Schatzmeister\*in (offener Platz)

Kandidat\*innen: Pascal Zillmann

Der Kandidat erhält die Möglichkeit sich vorzustellen.

Dem Plenum wird Gelegenheit für Fragen gegeben.

1. Wahlgang, Wahlgang-Nr. 7

18 abgegebene Stimmen, 0 ungültige Stimmen

	Kandidat*in	Ja	Nein	Enthaltung
A	Pascal Zillmann	18	0	0

**Pascal Zillmann ist gewählt** und nimmt die Wahl an.

### 6.1.4. Politische\*r Geschäftsführer\*in

Kandidat\*innen: Thomas Schaefer

Der Kandidat erhält die Möglichkeit sich vorzustellen.

Dem Plenum wird Gelegenheit für Fragen gegeben.

1. Wahlgang, Wahlgang-Nr. 8

18 abgegebene Stimmen, 0 ungültige Stimmen

	Kandidat*in	Ja	Nein	Enthaltung
A	Thomas Schaefer	17	0	1

**Thomas Schaefer ist gewählt** und nimmt die Wahl an.

Miriam tritt an Laras Stelle im Präsidium.

#### **6.1.5. Beisitzer\*in (FLINTA\*-Platz)**

Kandidat\*innen: keine Kandidaturen

Die Wahl entfällt.

#### **6.1.6. FLINTA\* und genderpolitische\*r Sprecher\*in (wegen vorheriger Wahl ein FLINTA\*-Platz)**

Kandidat\*innen: keine Kandidaturen

Die Wahl entfällt.

#### **6.1.7. Beisitzer\*in (FLINTA-Platz)**

Zur Quotierung des Landesvorstands entfällt diese Wahl.

#### **6.1.8 Beisitzer\*in (offene Plätze)**

Zur Quotierung des Landesvorstands entfällt diese Wahl.

### **6.4. Delegierte\*r Bundesfinanzausschuss**

#### **6.4.1. BuFiAu Deli (FLINTA\* oder offen, abhängig von Wahl Schatzmeister\*in)**

Weil Pascal Zillmann als Schatzmeister gewählt wurde ist dies ein **FLINTA\* Platz**

Kandidat\*innen: Lara Sagehorn

Die Kandidatin erhält die Möglichkeit sich vorzustellen

Dem Plenum wird Gelegenheit für Fragen gegeben.

1. Wahlgang, Wahlgang-Nr. 9

15 abgegebene Stimmen, 0 ungültige Stimmen

	Kandidat*in	Ja	Nein	Enthaltung
A	Lara Sagehorn	15	0	0

**Lara Sagehorn ist gewählt** und nimmt die Wahl an.

**Sitzung wird unterbrochen um 18:33 Uhr.**

**Wiederbeginn Sonntags um 10:17 Uhr, Präsidium: Lennart und Lara**

## **Zu TOP 3 Leitantrag**

Verfahrensvorschlag: nach Einbringung erst offene Debatte 3 offene und 3 FLINTA\* Redebeiträge; kein Widerspruch.

**A4Neu** Tax the West statt Frust für den Rest

Antragsteller\*innen: Landesvorstand

Einbringung: Luisa

Offene Debatte mit Beiträgen von Lina, Sara und Nikolaus

Sitzungsunterbrechung um 10:34 Uhr durch Präsidium.

Fortsetzung um 10:42 Uhr.

Erläuterungen des Verfahrensvorschlags (Übernahmen, Modifikationen) für den Antrag durch Luisa.

**Ä3** von Miriam Averbeck, Nikolaus Fritzsche, Lina Kornmüller

Einbringung: Miriam

Gegenrede: Luisa

Abstimmung per Handzeichen: bei 10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltung

**angenommen**

Gegenrede: keine

Abstimmung **A1** per Handzeichen

Einstimmig **angenommen**.

## **Zu TOP 8 Sonstige Anträge**

Liegen nicht vor.

Das Präsidium schließt die Versammlung um 11:00 Uhr.

## A2 Tagesordnung

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 02.03.2026  
Tagesordnungspunkt: 1. Begrüßung und Formalia

### Antragstext

- 1 Tagesordnung (formaler Teil)
- 2 1. Begrüßung und Formalia
- 3 2. Protokoll
- 4 3. Leitantrag
- 5 4. Satzungs- und Finanzordnungänderungsanträge
- 6 5. Finanzen
- 7 6. Wahlen
- 8 7. Voten
- 9 8. Sonstige Anträge

## A3 Antifa heißt Klimaschutz!

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 20.05.2026  
Tagesordnungspunkt: 3. Leitantrag

### Antragstext

1 3,2 Grad. 0 Ausreden.

2 Das Pariser Klimaabkommen war 2015 – und elf Jahre später bleibt vom 1,5-Grad-  
3 Ziel nicht mehr viel übrig. In nur 10 Jahren haben wir unsere Chance auf ein  
4 stabiles Klima quasi abgeschafft. Wenn der Status Quo beibehalten wird, leben  
5 wir schon 2050 mit 2 °C Erderwärmung und bis zum Ende des Jahrhunderts rechnet  
6 das Umweltbundesamt aktuell mit 3,2 °C Erwärmung.

7 Das wird für uns drastische Folgen haben. Jeden Sommer wird es mehr Hitzetote  
8 geben, da 40 °C eine normale Sommertemperatur sein wird. Das wird vor allem  
9 Säuglinge, alte Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen treffen. Also gerade  
10 die Gruppen, die sich häufig nicht selbst schützen können.  
11 Infektionskrankheiten, die oft tödlich enden, wie Malaria oder auch Gelbfieber,  
12 werden sich weit über ihre bisherigen Gebiete verbreiten. Durch starke  
13 Regenfälle nehmen die überschwemmten Flächen zu, wodurch mehr Mücken und andere,  
14 auch tropische, Insekten sich vermehren. In Kombination mit der Hitze kann das  
15 zu bakteriellen Erregern, wie Typhus und Cholera, in Europa führen, worauf unser  
16 Immunsystem nicht vorbereitet ist. Bereits 1°C mehr Erderwärmung führt zu 6 %  
17 weniger Mais-, Reis-, Soja- und Weizenerträgen, was eine unglaubliche  
18 Versorgungsunsicherheit und absehbar Hungerkatastrophen mit sich bringen würde.  
19 In einer 3-Grad-Welt wären rund 19 % der Erdoberfläche praktisch unbewohnbar.  
20 Davon sind rund 3 Mrd. Menschen betroffen, deren Existenz auf dem Spiel steht.

21 Durch die Erderwärmung werden sich aber auch Lebensräume von Tierarten  
22 verschieben. Bis zu 30 % aller Arten sterben vermutlich aus, wobei gerade die  
23 mit kleinen Lebensräumen sehr gefährdet sind. Aktuell ist der Klimawandel noch  
24 nicht die Hauptursache für das Artensterben, allerdings kann er das noch werden.

25 Die Klimakrise macht die Welt unberechenbar. Wetterextreme nehmen zu, aber auch  
26 ganze Systeme können kippen. Durch die Versauerung der Ozeane könnte der  
27 Golfstrom kollabieren und zu extremen, unbeherrschbaren Temperaturunterschieden  
28 zwischen Wintern und Sommern in Europa führen.

29 Die Klimakrise ist eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit und damit  
30 eine Gerechtigkeitsfrage, der wir uns gemeinsam stellen müssen.

31 Kein LNG, keine Lausitz-Kohle – echte Energiewende jetzt

32 Während die Klimakrise also immer näher kommt, möchte die  
33 Bundeswirtschaftsministerin Reiche langfristige Gasverträge und dabei vor allem  
34 die aktuelle LNG-Struktur erhalten sowie ausbauen. LNG steht für Liquefied  
35 Natural Gas, also flüssiges Erdgas, das aus anderen Ländern, wie aktuell aus den  
36 USA, nach Deutschland importiert wird. Beim Abbau durch Fracking werden ganze  
37 Gebiete verseucht, Arten sterben, Menschen werden vertrieben, Aktivist\*innen  
38 verfolgt, die Gesundheit von Anwohner\*innen gefährdet. All das meist vor allem  
39 für die Profite von großen westlichen Gaskonzernen. Der LNG-Ausbau widerspricht  
40 nicht nur den deutschen Klimazielen, sondern Wissenschaftler\*innen sprechen

41 sogar von einem Gas Lock-in. Durch langfristige Verträge oder hohe  
42 Investitionskosten werden wir quasi gezwungen weiter Gas abzunehmen und zu  
43 verfeuern, als gäbe es kein Morgen. Die künstliche Konkurrenz durch fossile  
44 Energien blockiert außerdem zusätzlich den Ausbau von erneuerbaren Energien.  
45 Erdgas ist kein klimafreundlicher „Brückenenergieträger“, sondern verursacht  
46 erhebliche CO<sub>2</sub>- und Methan-Emissionen. Außerdem werden aktuell systematisch  
47 Gesetze zu erneuerbaren Energien zurückgedreht, statt sie weiter voranzutreiben.

48 Auch Milliardeninvestitionen in fossile Infrastruktur, wie den Kohleabbau in der  
49 Lausitz, arbeiten gegen die Einhaltung der Klimaziele. Dort werden weiterhin  
50 Dörfer, Naturflächen und Lebensräume trotz wissenschaftlicher Warnungen  
51 zerstört. Braunkohle gehört zu den klimaschädlichsten Energieformen und  
52 verursacht enorme CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die Lausitz braucht einen sozial gerechten  
53 Strukturwandel mit sicheren Arbeitsplätzen in klimafreundlichen Branchen!

54 Diese fossile Energiepolitik stärkt autoritäre Regimes und schafft geopolitische  
55 Abhängigkeiten von Staaten wie Katar oder auch den USA. Statt neuer Gasbohrungen  
56 braucht es massive Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und  
57 eine demokratische, öffentliche Energieversorgung.

58 Nationalismus, Hetze und fossile Interessen

59 Während die Folgen der Klimakrise immer sichtbarer werden, formiert sich  
60 weltweit gleichzeitig eine politische Bewegung der global agierenden extremen,  
61 meist populistischen Rechten, deren Ideologie auf Wissenschaftsfeindlichkeit und  
62 Nationalismus fußt. Nationalismus als deren Leitprinzip stößt bei globalen  
63 Krisen mit seinen politischen Antworten wortwörtlich an seine Grenzen, da ein  
64 planetarer Temperaturanstieg sich nicht an Staatsgrenzen stoppen lässt.  
65 Populismus wiederum ist auf kurzfristige Popularität angewiesen und damit selbst  
66 strukturell unfähig, eine langfristige nachhaltige Politik zu verfolgen.

67 Die extreme Rechte findet sich global in Netzwerken und Strukturen zusammen, die  
68 unter anderem durch Tech-Milliardäre, die sogenannten Brologarchen, und fossile  
69 Unternehmen finanziert werden. In rechten „Think Tanks“, wie EIKE, welches durch  
70 Wissenschaftler\*innen als Zentrum der organisierten Klimaleugnerszene bezeichnet  
71 wird, oder dem rechtsextremen „Institut für Staatspolitik“ können Strategien  
72 erdacht und in jenen rechtsextremen Netzwerken verbreitet werden.

73 Durch interne Plattformregulationen und die Privilegierung rechter und hetzender  
74 Inhalte zerstören besagte Tech-Unternehmen die demokratische Öffentlichkeit und  
75 untergraben unsere Diskursfähigkeit. Intransparent finanzierte alternative  
76 Mediennetzwerke wie NIUS oder Apollo, aber auch rechte Influencer\*innen nutzen  
77 dies als Vorteil für offene Hetz- und Desinformationskampagnen. Durch  
78 rechtskonservative Publikationen wie BILD, FOCUS oder Cicero nehmen sie Einfluss  
79 auf den politischen Mainstream, wie an Kampagnen wie bspw. gegen Dr. Brosius-  
80 Gersdorf und das Heizungsgesetz deutlich wird. Dadurch können sie enorm an  
81 politischer Schlagkraft gewinnen. Auch die profilierten rechten Medienhäuser  
82 profitieren dabei immer wieder von Zuwendungen oder Werbeeinnahmen durch die  
83 fossile Lobby. Gegen diese Kampagnen müssen wir bewegungsübergreifend  
84 zusammenstehen, Desinformation widersprechen und Aktivist\*innen Rückendeckung  
85 geben, um Resilienz gegen organisierte Hetze zu entwickeln.

86 Global vernetzt - Rechtsextreme gegen Demokratie und Klimaschutz

87 Die Geflechte der internationalen Rechten sind paradox: Nationalistische  
88 Akteur\*innen, die nach außen eine Politik der Abschottung proklamieren und die  
89 sich aktiv gegen die internationale Zusammenarbeit bei globalen Krisen  
90 aussprechen, sind selbst international eng vernetzt. Als internationalistisch  
91 organisierte Nationalisten bekämpfen sie wissenschaftliche Erkenntnisse mit  
92 populistischen Erzählungen und verwandeln globale Krisen wie die Klimakrise in  
93 nationale Feindbilder, die jede demokratische und grenzüberschreitende Lösung  
94 blockieren. Während rechte Netzwerke den öffentlichen Diskurs verschieben,  
95 erzielen Großkonzerne wie „Shell“ in Energie- und Kriegskrisen enorme  
96 Zusatzgewinne und setzen ihre starke politische Lobby ein, um  
97 Klimaschutzauflagen zu verwässern und politische Entscheidungen im Sinne  
98 fossiler Geschäftsmodelle zu beeinflussen.

99 Eine gerechte Aushandlung von Klimaschutz geht nur auf demokratischer Grundlage.  
100 Diese stellen Rechtsextremisten ganz grundsätzlich in Frage. Durch den Angriff  
101 auf Minderheiten, Teilhaberechte, unabhängige Medien oder politische  
102 Gegner\*innen gefährden sie unser Zusammenleben. Rechtsextreme wollen die  
103 Demokratie abschaffen. Aber egal ob durch Hetze und Desinformation im  
104 bestehenden Diskurs oder den Angriff auf Institutionen - gerechte Aushandlungen  
105 sind so nicht möglich.

106 Autoritäre „Antworten“ auf die Klimakrise

107 Neben der offenen Leugnung der Klimakrise entwickelt die extreme Rechte jedoch  
108 auch eine scheinbar „ökologische“ Strategie: den Ökofaschismus. Hier werden  
109 ökologische Krisen und Ressourcenkonflikte nicht geleugnet, sondern anerkannt.  
110 Dies ist aber rassistisch und nationalistisch begründet. Anstatt globale und  
111 solidarische Lösungen zu finden, wird „Heimatschutz“ beschworen. Das bedeutet,  
112 dass Grenzen geschlossen werden sollen, um angeblich „überflüssige“ oder  
113 „fremde“ Menschen auszuschließen oder sogar Gewalt zu legitimieren. Somit nutzen  
114 rechte Akteur\*innen Klima- und Umweltpolitik für ihre eigene menschenfeindliche  
115 Agenda, die autoritäre, ausgrenzende Ordnungsvorstellungen durchsetzen soll.

116 Klimagerechtigkeit kennt keine Grenzen

117 Wenn wir das Klima in den Griff bekommen wollen, dann nur gemeinsam. Bei einer  
118 globalen Krise muss auch die Lösung global gedacht und gemeinsam ausgehandelt  
119 werden. Klimagerechtigkeit richtet sich dabei nicht nach europäischen oder  
120 nationalen Interessen. Nationaler Egoismus und Misstrauen sind keine Grundlage  
121 für Zusammenarbeit.

122 Westliche Staaten müssen sich ihrer Verantwortung als größte Verursacher von  
123 Emissionen und ihrer Schuld als Täter des (Neo-)Kolonialismus stellen. Im  
124 Zusammenhang des Kolonialismus sind Macht, Wissen und Kapital anhand  
125 rassistischer Kriterien strukturiert worden. Auf diese Weise wird die westliche  
126 Welt bevorteilt und die Ausbeutung nicht-westlicher Staaten bis heute  
127 legitimiert. Diese Systeme, Denkstrukturen und Machtverhältnisse bestehen bis  
128 heute weiter. Ernst gemeinte Klimagerechtigkeit muss dekolonial sein, diese  
129 Systeme in Frage stellen und abschaffen!

130 Konkret bedeutet das unter anderem eine gerechte Lasten- und Kostenverteilung  
131 bei der Bekämpfung der Klimakrise und der Anpassung an ein instabiles, heißeres  
132 Klima zu akzeptieren. Internationale Regime, wie das Welthandels- oder  
133 Finanzsystem, sind auf westliche Interessen ausgerichtet und sorgen bis heute

134 dafür, dass reiche Staaten und Konzerne bevorteilt werden. Sie schaffen  
135 politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten. Kapitalstarke Staaten und  
136 Unternehmen können so von Extraktivismus (Ressourcenausbeutung), Patenten und  
137 frühen Investitionen profitieren, während die Chancen für alle ohne Kapital,  
138 sich an die neue klimatische Realität anzupassen, noch weiter erschwert werden.  
139 Diese Ausbeutungssysteme sind flankiert von rassistischer Grenz- und  
140 Migrationspolitik. In einer Welt menschenverursachter Katastrophen, Dürren,  
141 Überschwemmungen und tiefgreifender Klimaveränderungen werden Fluchtbewegungen  
142 zunehmen. Auch aus einer Klimagerechtigkeitsperspektive muss deshalb gelten: No  
143 Border, No Nation, No Neokolonialismus.

144 Gerechte Transformation statt Scheinlösungen

145 Autokraten wie Trump blockieren internationale Klimapolitik und erpressen bspw.  
146 die EU zu fossilen Importen. Durch diese sind wir abhängig von autoritären  
147 Regimen. Von Armut betroffene Personen sind von Preissprüngen am meisten  
148 betroffen, fossile Konzerne dagegen lassen sich mit Übergewinnen und  
149 Subventionen wie dem Tankrabatt die Krise vergolden. Jeder Cent in fossile  
150 Energien ist ein Cent für die Zerstörung von Klima und Demokratie. Es muss  
151 gelten: Kein Gas und Öl mehr von Autokrat\*innen und Faschist\*innen, keine Kohle  
152 für Zerstörung! Wer den Planeten kaputt macht, gehört abgeschafft: Fossile  
153 Unternehmen enteignet, Lobbyismus und Werbung für die Klimazerstörung verboten,  
154 die Finanzierung rechter Netzwerke und Medienplattformen trockengelegt!

155 Doch auch "grüne" Technologien haben neokoloniale Schlagseiten. Durch  
156 Bergbauprojekte, u.a. in Lateinamerika, werden vor Ort Natur und Lebensräume  
157 zerstört, Bewohner\*innen werden vertrieben und Aktivist\*innen erfahren  
158 Repression. Spätestens die Klimakrise macht klar: Es gibt kein grenzenloses  
159 Wachstum, wie ihn Kapitalismus-Jünger sich wünschen. Klimagerechtigkeit bedeutet  
160 Solidarität mit den Aktivist\*innen vor Ort, keine grüne Ressourcenausbeutung,  
161 sondern nachhaltiges Wirtschaften und die globale Aushandlung gerechter  
162 Ressourcenverteilung.

163 Antifa heißt Klimaschutz!

164 Die Klimakrise betrifft ökonomisch benachteiligte und sozial ausgegrenzte  
165 Personen zuerst. Jede zivilgesellschaftliche Bewegung, die sich gegen  
166 Ausgrenzung und Autoritarismus einsetzt, muss auch die Klimakrise in ihre Kämpfe  
167 einbeziehen und ihren Aktivismus klimagerecht denken.

168 Als Zivilgesellschaft und Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung müssen wir  
169 deshalb Druck für eine klimagerechte Politik aufbauen. Das ist nicht immer  
170 einfach. Die Klimakrise stellt uns vor viele Gerechtigkeitsfragen. Sie kann  
171 verängstigen und ratlos machen. Die Fragen haben aber auch Antworten und machen  
172 klar wie selten zuvor: Eine andere Welt ist möglich, sie muss es sogar sein.  
173 Indem wir unsere Kämpfe verbinden, können wir sie gemeinsam gestalten.  
174 Solidarität und Empathie kann man lernen und erfahren. Wir lassen uns nicht von  
175 Rechten vereinzeln und die Hoffnung nehmen. Wir kämpfen für eine bessere Welt.

176 Klimagerechtigkeit geht nur global, antifaschistisch und gemeinsam. Antifa heißt  
177 Klimaschutz!

## Begründung

im Text selbst.

Die Erde wird immer wärmer

Die Erde wird wärmer. Das nennt man Klima-Wandel oder Klima-Krise.

Im Jahr 2015 haben viele Länder versprochen: Die Erde soll sich nicht mehr als 1,5 Grad erwärmen. Dieses Versprechen heißt: Pariser Klima-Abkommen.

Dieses Versprechen wurde nicht eingehalten. Wenn sich nichts ändert: Bis zum Jahr 2100 wird die Erde 3,2 Grad wärmer sein.

Was passiert bei mehr Wärme?

Mehr Wärme bedeutet:

- Im Sommer wird es sehr heiß. 40 Grad können normal werden. Das ist gefährlich für Babys und kranke Menschen.
- Krankheiten wie Malaria breiten sich aus. Diese Krankheiten können töten.
- Starke Regenfälle kommen öfter. Dann gibt es mehr Überschwemmungen. Mehr Insekten vermehren sich. Das kann neue Krankheiten bringen.
- Es gibt weniger Getreide und Gemüse. Dann haben Menschen weniger zu essen. Viele Menschen könnten hungern. • Viele Tiere sterben aus. Vielleicht bis zu 30 von 100 Tier-Arten.
- Rund 3 Milliarden Menschen könnten ihre Heimat verlieren. Weil ihre Heimat zu heiß oder überflutet wird.

Was müssen wir tun?

Wir brauchen echte erneuerbare Energien. Das bedeutet: Strom aus Wind, Sonne und Wasser.

Was wir nicht brauchen:

- Kein Flüssig-Gas (auf Englisch: LNG). Dieses Gas kommt aus anderen Ländern. Es schadet dem Klima. Es macht uns abhängig von anderen Ländern.
- Keine Braunkohle mehr. Braunkohle schadet dem Klima sehr stark. In der Lausitz werden dafür Dörfer abgerissen. Das ist nicht in Ordnung.

Wir brauchen stattdessen: Sichere Arbeitsplätze in umweltfreundlichen Branchen. Zum Beispiel im Bereich erneuerbare Energien.

Rechte Politik und Klima-Schutz

Manche politischen Gruppen sagen: Der Klima-Wandel ist nicht so schlimm. Oder: Der Klima-Wandel existiert gar nicht.

Das stimmt nicht. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind sich einig: Der Klima-Wandel

ist real und gefährlich.

Diese rechten Gruppen arbeiten oft mit Öl- und Gas-Firmen zusammen. Die Firmen wollen weiter Geld verdienen. Deshalb blockieren sie Klima-Schutz.

Wir müssen das gemeinsam stoppen.

Klima-Gerechtigkeit für alle Menschen weltweit

Die Klima-Krise ist ein globales Problem. Das bedeutet: Das Problem betrifft die ganze Welt.

Deshalb müssen alle Länder gemeinsam handeln.

Reiche Länder haben mehr CO<sub>2</sub> ausgestoßen. CO<sub>2</sub> ist ein Gas, das die Erde erwärmt.

Deshalb haben reiche Länder eine besondere Verantwortung. Sie müssen mehr helfen.

Wenn das Klima sich verändert: Werden mehr Menschen fliehen. Weil ihre Heimat unbewohnbar wird. Diese Menschen brauchen Schutz und Unterstützung.

Faire Lösungen – keine falschen Versprechen

Fossile Energien sind: Öl, Gas und Kohle. Sie schaden dem Klima. Wer das Klima zerstört, muss aufhören.

Auch manche „grüne“ Technologien können Menschen schaden. Zum Beispiel beim Abbau seltener Metalle werden Menschen in anderen Ländern vertrieben. Das ist nicht gerecht.

Wir wollen: Echten Klima-Schutz. Der allen Menschen nützt. In Deutschland und weltweit.

Gemeinsam für eine bessere Welt

Die Klima-Krise trifft arme Menschen zuerst. Und Menschen, die ohnehin weniger Rechte haben.

Deshalb gehören zusammen:

- Kampf gegen die Klima-Krise.
- Kampf gegen Ausgrenzung.
- Kampf für Demokratie.

Wir lassen uns nicht entmutigen. Wir kämpfen gemeinsam für eine bessere Welt.

Klima-Schutz geht nur gemeinsam!

# Leitantrag: Antifa heißt Klimaschutz!

Zur 1. Ordentlichen Landesmitgliederversammlung 2026

## Antragstext:

### **3,2 Grad. 0 Ausreden.**

Das Pariser Klimaabkommen war 2015 – und elf Jahre später bleibt vom 1,5-Grad-Ziel nicht mehr viel übrig. In nur 10 Jahren haben wir unsere Chance auf ein stabiles Klima quasi abgeschafft. Wenn der Status Quo beibehalten wird, leben wir schon 2050 mit 2 °C Erderwärmung und bis zum Ende des Jahrhunderts rechnet das Umweltbundesamt aktuell mit 3,2 °C Erwärmung.

Das wird für uns drastische Folgen haben. Jeden Sommer wird es mehr Hitzetote geben, da 40 °C eine normale Sommertemperatur sein wird. Das wird vor allem Säuglinge, alte Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen treffen. Also gerade die Gruppen, die sich häufig nicht selbst schützen können. Infektionskrankheiten, die oft tödlich enden, wie Malaria oder auch Gelbfieber, werden sich weit über ihre bisherigen Gebiete verbreiten. Durch starke Regenfälle nehmen die überschwemmten Flächen zu, wodurch mehr Mücken und andere, auch tropische, Insekten sich vermehren. In Kombination mit der Hitze kann das zu bakteriellen Erregern, wie Typhus und Cholera, in Europa führen, worauf unser Immunsystem nicht vorbereitet ist. Bereits 1°C mehr Erderwärmung führt zu 6 % weniger Mais-, Reis-, Soja- und Weizenerträgen, was eine unglaubliche Versorgungsunsicherheit und absehbar Hungerkatastrophen mit sich bringen würde. In einer 3-Grad-Welt wären rund 19 % der Erdoberfläche praktisch unbewohnbar. Davon sind rund 3 Mrd. Menschen betroffen, deren Existenz auf dem Spiel steht.

Durch die Erderwärmung werden sich aber auch Lebensräume von Tierarten verschieben. Bis zu 30 % aller Arten sterben vermutlich aus, wobei gerade die mit kleinen Lebensräumen sehr gefährdet sind. Aktuell ist der Klimawandel noch nicht die Hauptursache für das Artensterben, allerdings kann er das noch werden.

Die Klimakrise macht die Welt unberechenbar. Wetterextreme nehmen zu, aber auch ganze Systeme können kippen. Durch die Versauerung der Ozeane könnte der Golfstrom kollabieren und zu extremen, unbeherrschbaren Temperaturunterschieden zwischen Wintern und Sommern in Europa führen.

Die Klimakrise ist eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit und damit eine Gerechtigkeitsfrage, der wir uns gemeinsam stellen müssen.

### **Kein LNG, keine Lausitz-Kohle – echte Energiewende jetzt**

Während die Klimakrise also immer näher kommt, möchte die Bundeswirtschaftsministerin Reiche langfristige Gasverträge und dabei vor allem die aktuelle LNG-Struktur erhalten sowie ausbauen. LNG steht für Liquefied Natural Gas, also flüssiges Erdgas, das aus anderen Ländern, wie aktuell aus den USA, nach Deutschland importiert wird. Beim Abbau durch Fracking werden ganze Gebiete verseucht, Arten sterben, Menschen werden vertrieben, Aktivist\*innen verfolgt, die Gesundheit von Anwohner\*innen gefährdet. All das meist vor

allem für die Profite von großen westlichen Gaskonzernen. Der LNG-Ausbau widerspricht nicht nur den deutschen Klimazielen, sondern Wissenschaftler\*innen sprechen sogar von einem Gas Lock-in. Durch langfristige Verträge oder hohe Investitionskosten werden wir quasi gezwungen weiter Gas abzunehmen und zu verfeuern, als gäbe es kein Morgen. Die künstliche Konkurrenz durch fossile Energien blockiert außerdem zusätzlich den Ausbau von erneuerbaren Energien. Erdgas ist kein klimafreundlicher „Brückenenergieträger“, sondern verursacht erhebliche CO<sub>2</sub>- und Methan-Emissionen. Außerdem werden aktuell systematisch Gesetze zu erneuerbaren Energien zurückgedreht, statt sie weiter voranzutreiben.

Auch Milliardeninvestitionen in fossile Infrastruktur, wie den Kohleabbau in der Lausitz, arbeiten gegen die Einhaltung der Klimaziele. Dort werden weiterhin Dörfer, Naturflächen und Lebensräume trotz wissenschaftlicher Warnungen zerstört. Braunkohle gehört zu den klimaschädlichsten Energieformen und verursacht enorme CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die Lausitz braucht einen sozial gerechten Strukturwandel mit sicheren Arbeitsplätzen in klimafreundlichen Branchen!

Diese fossile Energiepolitik stärkt autoritäre Regimes und schafft geopolitische Abhängigkeiten von Staaten wie Katar oder auch den USA. **Statt neuer Gasbohrungen braucht es massive Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und eine demokratische, öffentliche Energieversorgung.**

### **Nationalismus, Hetze und fossile Interessen**

Während die Folgen der Klimakrise immer sichtbarer werden, formiert sich weltweit gleichzeitig eine politische Bewegung der global agierenden extremen, meist populistischen Rechten, deren Ideologie auf Wissenschaftsfeindlichkeit und Nationalismus fußt.

Nationalismus als deren Leitprinzip stößt bei globalen Krisen mit seinen politischen Antworten wortwörtlich an seine Grenzen, da ein planetarer Temperaturanstieg sich nicht an Staatsgrenzen stoppen lässt. Populismus wiederum ist auf kurzfristige Popularität angewiesen und damit selbst strukturell unfähig, eine langfristige nachhaltige Politik zu verfolgen.

Die extreme Rechte findet sich global in Netzwerken und Strukturen zusammen, die unter anderem durch Tech-Milliardäre, die sogenannten Brologarchen, und fossile Unternehmen finanziert werden. In rechten „Think Tanks“, wie EIKE, welches durch Wissenschaftler\*innen als Zentrum der organisierten Klimaleugnerszene bezeichnet wird, oder dem rechtsextremen „Institut für Staatspolitik“ können Strategien erdacht und in jenen rechtsextremen Netzwerken verbreitet werden.

Durch interne Plattformregulationen und die Privilegierung rechter und hetzender Inhalte zerstören besagte Tech-Unternehmen die demokratische Öffentlichkeit und untergraben unsere Diskursfähigkeit. Intransparent finanzierte alternative Mediennetzwerke wie NIUS oder Apollo, aber auch rechte Influencer\*innen nutzen dies als Vorteil für offene Hetz- und Desinformationskampagnen. Durch rechtskonservative Publikationen wie BILD, FOCUS oder Cicero nehmen sie Einfluss auf den politischen Mainstream, wie an Kampagnen wie bspw. gegen Dr. Brosius-Gersdorf und das Heizungsgesetz deutlich wird. Dadurch können sie enorm an politischer Schlagkraft gewinnen. Auch die profilierten rechten Medienhäuser profitieren dabei immer wieder von Zuwendungen oder Werbeeinnahmen durch die fossile

Lobby. **Gegen diese Kampagnen müssen wir bewegungsübergreifend zusammenstehen, Desinformation widersprechen und Aktivist\*innen Rückendeckung geben, um Resilienz gegen organisierte Hetze zu entwickeln.**

### **Global vernetzt - Rechtsextreme gegen Demokratie und Klimaschutz**

Die Geflechte der internationalen Rechten sind paradox: Nationalistische Akteur\*innen, die nach außen eine Politik der Abschottung proklamieren und die sich aktiv gegen die internationale Zusammenarbeit bei globalen Krisen aussprechen, sind selbst international eng vernetzt. Als internationalistisch organisierte Nationalisten bekämpfen sie wissenschaftliche Erkenntnisse mit populistischen Erzählungen und verwandeln globale Krisen wie die Klimakrise in nationale Feindbilder, die jede demokratische und grenzüberschreitende Lösung blockieren. Während rechte Netzwerke den öffentlichen Diskurs verschieben, erzielen Großkonzerne wie „Shell“ in Energie- und Kriegskrisen enorme Zusatzgewinne und setzen ihre starke politische Lobby ein, um Klimaschutzauflagen zu verwässern und politische Entscheidungen im Sinne fossiler Geschäftsmodelle zu beeinflussen.

Eine gerechte Aushandlung von Klimaschutz geht nur auf demokratischer Grundlage. Diese stellen Rechtsextremisten ganz grundsätzlich in Frage. Durch den Angriff auf Minderheiten, Teilhaberechte, unabhängige Medien oder politische Gegner\*innen gefährden sie unser Zusammenleben. Rechtsextreme wollen die Demokratie abschaffen. Aber egal ob durch Hetze und Desinformation im bestehenden Diskurs oder den Angriff auf Institutionen - gerechte Aushandlungen sind so nicht möglich.

### **Autoritäre „Antworten“ auf die Klimakrise**

Neben der offenen Leugnung der Klimakrise entwickelt die extreme Rechte jedoch auch eine scheinbar „ökologische“ Strategie: den Ökofaschismus. Hier werden ökologische Krisen und Ressourcenkonflikte nicht geleugnet, sondern anerkannt. Dies ist aber rassistisch und nationalistisch begründet. Anstatt globale und solidarische Lösungen zu finden, wird „Heimatschutz“ beschworen. Das bedeutet, dass Grenzen geschlossen werden sollen, um angeblich „überflüssige“ oder „fremde“ Menschen auszuschließen oder sogar Gewalt zu legitimieren. Somit nutzen rechte Akteur\*innen Klima- und Umweltpolitik für ihre eigene menschenfeindliche Agenda, die autoritäre, ausgrenzende Ordnungsvorstellungen durchsetzen soll.

### **Klimagerechtigkeit kennt keine Grenzen**

Wenn wir das Klima in den Griff bekommen wollen, dann nur gemeinsam. Bei einer globalen Krise muss auch die Lösung global gedacht und gemeinsam ausgehandelt werden. Klimagerechtigkeit richtet sich dabei nicht nach europäischen oder nationalen Interessen. Nationaler Egoismus und Misstrauen sind keine Grundlage für Zusammenarbeit.

Westliche Staaten müssen sich ihrer Verantwortung als größte Verursacher von Emissionen und ihrer Schuld als Täter des (Neo-)Kolonialismus stellen. Im Zusammenhang des

Kolonialismus sind Macht, Wissen und Kapital anhand rassistischer Kriterien strukturiert worden. Auf diese Weise wird die westliche Welt bevorteilt und die Ausbeutung nicht-westlicher Staaten bis heute legitimiert. Diese Systeme, Denkstrukturen und Machtverhältnisse bestehen bis heute weiter. Ernst gemeinte Klimagerechtigkeit muss dekolonial sein, diese Systeme in Frage stellen und abschaffen!

Konkret bedeutet das unter anderem eine gerechte Lasten- und Kostenverteilung bei der Bekämpfung der Klimakrise und der Anpassung an ein instabiles, heißeres Klima zu akzeptieren. Internationale Regime, wie das Welthandels- oder Finanzsystem, sind auf westliche Interessen ausgerichtet und sorgen bis heute dafür, dass reiche Staaten und Konzerne bevorteilt werden. Sie schaffen politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten. Kapitalstarke Staaten und Unternehmen können so von Extraktivismus (Ressourcenausbeutung), Patenten und frühen Investitionen profitieren, während die Chancen für alle ohne Kapital, sich an die neue klimatische Realität anzupassen, noch weiter erschwert werden. Diese Ausbeutungssysteme sind flankiert von rassistischer Grenz- und Migrationspolitik. In einer Welt menschenverursachter Katastrophen, Dürren, Überschwemmungen und tiefgreifender Klimaveränderungen werden Fluchtbewegungen zunehmen. Auch aus einer Klimagerechtigkeitsperspektive muss deshalb gelten: **No Border, No Nation, No Neokolonialismus.**

### **Gerechte Transformation statt Scheinlösungen**

Autokraten wie Trump blockieren internationale Klimapolitik und erpressen bspw. die EU zu fossilen Importen. Durch diese sind wir abhängig von autoritären Regimen. Von Armut betroffene Personen sind von Preissprüngen am meisten betroffen, fossile Konzerne dagegen lassen sich mit Übergewinnen und Subventionen wie dem Tankrabatt die Krise vergolden. Jeder Cent in fossile Energien ist ein Cent für die Zerstörung von Klima und Demokratie. Es muss gelten: Kein Gas und Öl mehr von Autokrat\*innen und Faschist\*innen, keine Kohle für Zerstörung! Wer den Planeten kaputt macht, gehört abgeschafft: Fossile Unternehmen enteignet, Lobbyismus und Werbung für die Klimazerstörung verboten, die Finanzierung rechter Netzwerke und Medienplattformen trockengelegt!

Doch auch "grüne" Technologien haben neokoloniale Schlagseiten. Durch Bergbauprojekte, u.a. in Lateinamerika, werden vor Ort Natur und Lebensräume zerstört, Bewohner\*innen werden vertrieben und Aktivist\*innen erfahren Repression. Spätestens die Klimakrise macht klar: Es gibt kein grenzenloses Wachstum, wie ihn Kapitalismus-Jünger sich wünschen. Klimagerechtigkeit bedeutet Solidarität mit den Aktivist\*innen vor Ort, keine grüne Ressourcenausbeutung, sondern nachhaltiges Wirtschaften und die globale Aushandlung gerechter Ressourcenverteilung.

### **Antifa heißt Klimaschutz!**

Die Klimakrise betrifft ökonomisch benachteiligte und sozial ausgegrenzte Personen zuerst. Jede zivilgesellschaftliche Bewegung, die sich gegen Ausgrenzung und Autoritarismus einsetzt, muss auch die Klimakrise in ihre Kämpfe einbeziehen und ihren Aktivismus klimagerecht denken.

Als Zivilgesellschaft und Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung müssen wir deshalb Druck für eine klimagerechte Politik aufbauen. Das ist nicht immer einfach. Die Klimakrise stellt uns vor viele Gerechtigkeitsfragen. Sie kann verängstigen und ratlos machen. Die Fragen haben aber auch Antworten und machen klar wie selten zuvor: **Eine andere Welt ist möglich, sie muss es sogar sein.** Indem wir unsere Kämpfe verbinden, können wir sie gemeinsam gestalten. Solidarität und Empathie kann man lernen und erfahren. Wir lassen uns nicht von Rechten vereinzeln und die Hoffnung nehmen. Wir kämpfen für eine bessere Welt.

**Klimagerechtigkeit geht nur global, antifaschistisch und gemeinsam. Antifa heißt Klimaschutz!**

## A4 Ohne gute Satzung keine politische Arbeit

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 21.05.2026  
Tagesordnungspunkt: 8. Sonstige Anträge

### Antragstext

1 Auf den letzten Landesmitgliederversammlungen kamen immer wieder Fragen zur  
2 Auslegung der Satzung auf, aber auch zur Frage, was wann gewählt werden muss.  
3 Das liegt auch an der wirklich unübersichtlichen Struktur, die unsere Satzung  
4 aufweist. Teilweise sind Paragraphen zu lang, zu detailliert oder auch  
5 dysfunktional angeordnet, sodass die wichtigen Informationen kaum gefunden  
6 werden können. Das erschwert unsere politische Arbeit, weil wir als Grundlage  
7 unserer Ehrenamtsarbeit, Diskussionen und Organisation solide und  
8 nachvollziehbare Regeln benötigen.

9 Diese Nachvollziehbarkeit wollen wir mittels der Überarbeitung unserer Satzung  
10 verbessern. Damit das alles transparent und partizipativ abläuft, setzen wir mit  
11 diesem Antrag uns als GRÜNE JUGEND Thüringen das Ziel, bis zur 2. LMV 2027 die  
12 Satzung schrittweise gemeinsam zu überarbeiten.

13 Mit dem Satzungsänderungsantrag S1 soll bei dieser LMV ein wichtiger Grundstein  
14 für den weiteren Prozess gelegt werden, indem wir eine Frist für  
15 Änderungsanträge zu Satzungsänderungsanträgen einführen und ein dadurch  
16 geordnetes Änderungsantragsverfahren ermöglichen. Auf Basis dessen soll der  
17 Landesvorstand in einem nächsten Schritt den § 6 "Landesmitgliederversammlung  
18 (LMV)" der Satzung umstrukturieren, damit dieser übersichtlicher ist, und ihn  
19 euch als Mitglieder zur 2. LMV 2026 zur Diskussion und Abstimmung vorlegen.

20 Das ist gleichzeitig der Startschuss für einen weiteren  
21 Satzungsänderungsprozess, womit wir den nächsten Landesvorstand hiermit  
22 beauftragen. In diesem Prozess sollen inhaltliche Schwachstellen oder veraltete  
23 Regelungen neu diskutiert und verbessert werden. Das soll in enger Abstimmung  
24 mit Kreisvorständen und anderen Mitgliedern stattfinden. Hierbei sollen alle  
25 Perspektiven, insbesondere jene marginalisierter Gruppen (bspw. FLINTA\*-  
26 Personen, Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen und  
27 migrantisierte Personen), Gehör finden.

### Begründung

Im Antragstext

Die GRÜNE JUGEND Thüringen möchte ihre Satzung verbessern.  
Eine Satzung ist ein Regelbuch für den Verband.

Im Moment ist die Satzung oft schwer zu verstehen.  
Manche Regeln sind zu lang oder unübersichtlich.  
Deshalb gibt es bei Mitgliederversammlungen oft Fragen und Probleme.

Die Satzung soll deshalb bis 2027 Schritt für Schritt neu bearbeitet werden.  
Alle Mitglieder sollen dabei mitmachen können.

Ein erster Schritt ist der Antrag S1.

Damit sollen klare Fristen für Änderungsanträge eingeführt werden.

So sollen Diskussionen und Abstimmungen besser organisiert werden.

Das machen wir schon auf dieser Landesmitgliederversammlung.

Im Herbst wollen wir die Satzung neu sortieren. Sie soll übersichtlicher werden. Der Landesvorstand soll dazu einen neuen Vorschlag machen.

Nächstes Jahr wollen wir alte oder unklare Regeln verbessern.

Wichtig ist dabei:

Alle Menschen sollen gehört werden.

Besonders Menschen, die oft benachteiligt werden, zum Beispiel:

- FLINTA\*-Personen
- Menschen mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten
- migrantisierte Personen.

**Titel:**

Ohne gute Satzung keine politische Arbeit

**Beschlusstext:**

Auf den letzten Landesmitgliederversammlungen kamen immer wieder Fragen zur Auslegung der Satzung auf, aber auch zur Frage, was wann gewählt werden muss. Das liegt auch an der wirklich unübersichtlichen Struktur, die unsere Satzung aufweist. Teilweise sind Paragraphen zu lang, zu detailliert oder auch dysfunktional angeordnet, sodass die wichtigen Informationen kaum gefunden werden können. Das erschwert unsere politische Arbeit, weil wir als Grundlage unserer Ehrenamtsarbeit, Diskussionen und Organisation solide und nachvollziehbare Regeln benötigen.

Diese Nachvollziehbarkeit wollen wir mittels der Überarbeitung unserer Satzung verbessern. Damit das alles transparent und partizipativ abläuft, setzen wir mit diesem Antrag uns als GRÜNE JUGEND Thüringen das Ziel, bis zur 2. LMV 2027 die Satzung schrittweise gemeinsam zu überarbeiten.

Mit dem Satzungsänderungsantrag S1 soll bei dieser LMV ein wichtiger Grundstein für den weiteren Prozess gelegt werden, indem wir eine Frist für Änderungsanträge zu Satzungsänderungsanträgen einführen und ein dadurch geordnetes Änderungsantragsverfahren ermöglichen. Auf Basis dessen soll der Landesvorstand in einem nächsten Schritt den § 6 "Landesmitgliederversammlung (LMV)" der Satzung umstrukturieren, damit dieser übersichtlicher ist, und ihn euch als Mitglieder zur 2. LMV 2026 zur Diskussion und Abstimmung vorlegen.

Das ist gleichzeitig der Startschuss für einen weiteren Satzungsänderungsprozess, womit wir den nächsten Landesvorstand hiermit beauftragen. In diesem Prozess sollen inhaltliche Schwachstellen oder veraltete Regelungen neu diskutiert und verbessert werden. Das soll in enger Abstimmung mit Kreisvorständen und anderen Mitgliedern stattfinden. Hierbei sollen alle Perspektiven, insbesondere jene marginalisierter Gruppen (bspw. FLINTA\*-Personen, Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen und migrantisierte Personen), Gehör finden.

**Begründung:**

Im Antragstext

## **Zusammenfassung in einfacher Sprache**

Die GRÜNE JUGEND Thüringen möchte ihre Satzung verbessern.

Eine Satzung ist ein Regelbuch für den Verband.

Im Moment ist die Satzung oft schwer zu verstehen.

Manche Regeln sind zu lang oder unübersichtlich.

Deshalb gibt es bei Mitgliederversammlungen oft Fragen und Probleme.

Die Satzung soll deshalb bis 2027 Schritt für Schritt neu bearbeitet werden.

Alle Mitglieder sollen dabei mitmachen können.

Ein erster Schritt ist der Antrag S1.

Damit sollen klare Fristen für Änderungsanträge eingeführt werden.

So sollen Diskussionen und Abstimmungen besser organisiert werden.

Das machen wir schon auf dieser Landesmitgliederversammlung.

Im Herbst wollen wir die Satzung neu sortieren. Sie soll übersichtlicher werden. Der Landesvorstand soll dazu einen neuen Vorschlag machen.

Nächstes Jahr wollen wir alte oder unklare Regeln verbessern.

Wichtig ist dabei:

Alle Menschen sollen gehört werden.

Besonders Menschen, die oft benachteiligt werden, zum Beispiel:

- FLINTA\*-Personen
- Menschen mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten
- migrantisierte Personen.

## A5 Geschäftsordnung der Landesmitgliederversammlung

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 22.05.2026  
Tagesordnungspunkt: 1. Begrüßung und Formalia

### Antragstext

1 §1. Die LMV wählt eine Wahlkommission, das Präsidium und  
2 die Protokollführung. Alles in offener Abstimmung. Außerdem entscheidet die LMV  
3 zu Beginn über die Tagesordnung.

4 §2. Das Präsidium prüft den formgerechten Eingang der Anträge und entscheidet  
5 über das

6 Verfahren. Dabei gilt:

7 §2.1. Geschäftsordnungsanträge werden vor Sachfragen verhandelt.

8 §2.2. Zu jedem Geschäftsordnungsantrag gibt es die Möglichkeiten einer  
9 Gegenrede.

10 Geschäftsordnungsanträge sind u.a. folgende Anträge:

- 11 • Bestätigung und Ergänzung der Tagesordnung
- 12 • Begrenzung der Redezeit
- 13 • Ende der Redeliste
- 14 • Schluss der Debatte
- 15 • Überweisung an den Landesvorstand
- 16 • Antrag zur Art der Debatte
- 17 • Antrag auf Personaldebatte
- 18 • Antrag auf Meinungsbild aller Anwesenden
- 19 • Antrag auf Meinungsbild aller Stimmberechtigten
- 20 • Antrag zur Art der Abstimmung
- 21 • Antrag auf Auszeit
- 22 • Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 23 • Antrag auf Rückholung

24 §2.3. Inhaltliche Anträge sind Hauptanträge und Ergänzungs- oder  
25 Änderungsanträge. Sie müssen dem Präsidium schriftlich oder digital vorgelegt  
26 und von einem der Anwesenden eingebracht werden, die Einbringung per  
27 Videobotschaft ist möglich. Für Reden zu eigenständigen Anträgen gilt eine  
28 Redezeit von 5 Minuten, für Reden zu Änderungsanträgen und  
29 Geschäftsordnungsanträgen eine Redezeit von 3 Minuten. Für die Einbringung von  
30 Finanz/Haushaltsanträgen gilt eine Redezeit von 10 Minuten, sowie eine Minute  
31 Zeit pro Frage für deren Beantwortung, für Gegenreden zu  
32 Finanz/Haushaltsanträgen die reguläre Redezeit von 5 Minuten. Bei vorliegenden  
33 Änderungs- und Ergänzungsanträgen schlägt das Präsidium der LMV eine

34 Verfahrensweise der Behandlung vor. Anträge gelten als angenommen, wenn sie die  
35 erforderlichen Mehrheiten laut Satzung erhalten haben.

36 §2.4. Ab fünf inhaltlichen Anträgen kann eine Antragspriorisierung erfolgen.

37 Dies geschieht durch einen Antrag an die Geschäftsordnung. Im Rahmen des Inhalts  
38 dieses Antrags kann das Präsidium entscheiden, wie die Antragspriorisierung  
39 durchgeführt wird.

40 §3. Das Präsidium besteht aus jeweils zwei Mitgliedern, die die Sitzung leiten  
41 und die

42 Redeliste führen. Das Protokoll wird von einer dritten und ggf. vierten Person  
43 übernommen.

44 §3.1. Die Redeliste ist als Erstredner\*innenliste zu führen. Das bedeutet, dass  
45 Personen, die während des aktuellen Tagesordnungspunkts noch nichts gesagt  
46 haben, auf der Redeliste unter Beachtung der FLINTA\*Quotierung vorgezogen  
47 werden.

48 §4. Stimm- und wahlberechtigt sind ausschließlich Mitglieder der GRÜNEN JUGEND

49 Thüringen. Redeberechtigt sind alle Teilnehmer\*innen der LMV.

50 §5. Die Bewerber\*innen für die Wahl des Landesvorstands haben drei Minuten  
51 Redezeit für

52 ihre Vorstellungsrede und zwei weitere Minuten für die Beantwortung von Fragen.  
53 Alle

54 weiteren Bewerber\*innen haben drei Minuten Redezeit für ihre Vorstellungsrede  
55 und eine

56 weitere Minute für die Beantwortung von Fragen. Die Anzahl der Fragen kann durch  
57 das Präsidium oder auf GO-Antrag begrenzt werden.

58 §6. Für Änderungsanträge, Ergänzungsanträge und Bewerbungen existiert keine  
59 Frist, außer

60 der, dass nach Abschließen eines TOPs Anträge zu diesem nur noch mithilfe eines

61 Rückholantrages gestellt werden können. Für Satzungs- und

62 Finanzordnungsänderungsanträge gilt entsprechend der Satzung eine Frist von zwei  
63 Wochen. Für eigenständige Anträge eine Frist von zwei Tagen.

64 §7. Debatten zu Anträgen und Änderungsanträgen finden grundsätzlich als Pro-und-  
65 Kontra-

66 Debatten statt. Grundsätzlich gibt es einen Pro- und einen Kontra-Beitrag, dabei  
67 ist die

68 Einbringung des Antrages als Pro-Beitrag zu werten. Wenn durch GO-Antrag nicht  
69 anders

70 beschlossen, sind alle anderen Debatten als offene Debatten zu führen.

## Begründung

im Text

Der Antrag ist die Geschäftsordnung.

Das sind Regeln für die Landesmitgliederversammlung.

Hier steht wer reden darf.

Hier steht wie lange wir diskutieren.

Hier steht auch, wie wir Sachen beschließen.

Wenn du Fragen zu diesen Regeln hast, sprich gerne den Landesvorstand an. Du kannst auch das Präsidium fragen.

**Beschlussvorlage:  
Geschäftsordnung Landesmitgliederversammlung**

§1. Die LMV wählt eine Wahlkommission, das Präsidium und die Protokollführung. Alles in offener Abstimmung. Außerdem entscheidet die LMV zu Beginn über die Tagesordnung.

§2. Das Präsidium prüft den formgerechten Eingang der Anträge und entscheidet über das Verfahren. Dabei gilt:

§2.1. Geschäftsordnungsanträge werden vor Sachfragen verhandelt.

§2.2. Zu jedem Geschäftsordnungsantrag gibt es die Möglichkeiten einer Gegenrede.

Geschäftsordnungsanträge sind u.a. folgende Anträge:

- Bestätigung und Ergänzung der Tagesordnung
- Begrenzung der Redezeit
- Ende der Redeliste
- Schluss der Debatte
- Überweisung an den Landesvorstand
- Antrag zur Art der Debatte
- Antrag auf Personaldebatte
- Antrag auf Meinungsbild aller Anwesenden
- Antrag auf Meinungsbild aller Stimmberechtigten
- Antrag zur Art der Abstimmung
- Antrag auf Auszeit
- Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit
- Antrag auf Rückholung

§2.3. Inhaltliche Anträge sind Hauptanträge und Ergänzungs- oder Änderungsanträge.

Sie müssen dem Präsidium schriftlich oder digital vorgelegt und von einem der Anwesenden eingebracht werden, die Einbringung per Videobotschaft ist möglich.

Für Reden zu eigenständigen Anträgen gilt eine Redezeit von 5 Minuten, für Reden zu Änderungsanträgen und Geschäftsordnungsanträgen eine Redezeit von 3 Minuten.

Für die Einbringung von Finanz/Haushaltsanträgen gilt eine Redezeit von 10 Minuten, sowie eine Minute Zeit pro Frage für deren Beantwortung, für Gegenreden zu Finanz/Haushaltsanträgen die reguläre Redezeit von 5 Minuten. Bei vorliegenden

Änderungs- und Ergänzungsanträgen schlägt das Präsidium der LMV eine Verfahrensweise der Behandlung vor. Anträge gelten als angenommen, wenn sie die erforderlichen Mehrheiten laut Satzung erhalten haben.

§2.4. Ab fünf inhaltlichen Anträgen kann eine Antragspriorisierung erfolgen. Dies geschieht durch einen Antrag an die Geschäftsordnung. Im Rahmen des Inhalts dieses Antrags kann das Präsidium entscheiden, wie die Antragspriorisierung durchgeführt wird.

§3. Das Präsidium besteht aus jeweils zwei Mitgliedern, die die Sitzung leiten und die Redeliste führen. Das Protokoll wird von einer dritten und ggf. vierten Person übernommen.

§3.1. Die Redeliste ist als Erstredner\*innenliste zu führen. Das bedeutet, dass Personen, die während des aktuellen Tagesordnungspunkts noch nichts gesagt haben, auf der Redeliste unter Beachtung der FLINTA\*Quotierung vorgezogen werden.

§4. Stimm- und wahlberechtigt sind ausschließlich Mitglieder der GRÜNEN JUGEND Thüringen. Redeberechtigt sind alle Teilnehmer\*innen der LMV.

§5. Die Bewerber\*innen für die Wahl des Landesvorstands haben drei Minuten Redezeit für ihre Vorstellungsrede und zwei weitere Minuten für die Beantwortung von Fragen. Alle weiteren Bewerber\*innen haben drei Minuten Redezeit für ihre Vorstellungsrede und eine weitere Minute für die Beantwortung von Fragen. Die Anzahl der Fragen kann durch das Präsidium oder auf GO-Antrag begrenzt werden.

§6. Für Änderungsanträge, Ergänzungsanträge und Bewerbungen existiert keine Frist, außer der, dass nach Abschließen eines TOPs Anträge zu diesem nur noch mithilfe eines Rückholantrages gestellt werden können. Für Satzungs- und Finanzordnungsänderungsanträge gilt entsprechend der Satzung eine Frist von zwei Wochen. Für eigenständige Anträge eine Frist von zwei Tagen.

§7. Debatten zu Anträgen und Änderungsanträgen finden grundsätzlich als Pro-und- Kontra-Debatten statt. Grundsätzlich gibt es einen Pro- und einen Kontra-Beitrag, dabei ist die Einbringung des Antrages als Pro-Beitrag zu werten. Wenn durch GO-Antrag nicht anders

beschlossen, sind alle anderen Debatten als offene Debatten zu führen.